

Wer uns angreift ...

... wird unseren Widerstand zu spüren bekommen. Gegen Sozialabbau und Angriffe auf unsere Rechte.

Nach der Nationalratswahl ist klar, dass die neue Regierung in mehreren zentralen Bereichen Angriffe auf uns Lohnabhängige plant. Ob schneller oder langsamer, ob es uns individuell oder kollektiv betrifft, ist nebensächlich – was erwartet uns?

Arbeiterkammer

Als Interessenvertretung aller arbeitenden Menschen leistet diese sowohl individuell als auch kollektiv große Dienste. In den Bereichen Rechtsberatung und KonsumentInnen-schutz ist sie für viele von uns nicht wegzudenken. Davon profitieren auch über 800.000 Personen, die keinen Mitgliedsbeitrag leisten. Ebenso wichtig ist die Rolle der AK bei der Begutachtung von Gesetzen, bei sozial- und wirtschaftspolitischer Grundlagenarbeit oder durch ihre Analysen der wirtschaftlichen Lage der Branchen

bei der Vorbereitung der Kollektivvertragsverhandlungen. Selbst wenn die Abschaffung der sog. Pflichtmitgliedschaft nicht kommen wird, sondern 'nur' eine Senkung des (ohnehin geringen) Mitgliedsbeitrages, wäre das eine enorme Schwächung!

Kollektivverträge

Einer der Wunschträume in den Chefetagen ist es seit langem, Regelungen, die bisher nur im Kollektivvertrag getroffen werden können, auf die betriebliche Ebene zu verlagern, insbes. im Bereich der Arbeitszeit. BetriebsrätInnen sind dem Druck der Chefetagen viel stärker ausgesetzt als unsere Gewerkschaften.

Mit einer solchen Verlagerung wären Verschlechterungen also nahezu vorprogrammiert. Nur Kollektivverträge können einheitliche Arbeitsbedingungen für uns alle sichern!

BetriebsrätInnen

Eine der radikalsten Gruppen von UnternehmerInnen, die Tiroler Adler-Runde, fordert die Zusammenlegung von ArbeiterInnen- und Angestelltenbetriebsräten. Das würde die Anzahl von Betriebskörperschaften massiv reduzieren. Vorsichtig gerechnet würde uns das tausenden Betriebsratsmitglieder und hunderte Freistellungen kosten. Die betriebliche Vertretung unserer Interessen würde massiv geschwächt!

Sozialversicherung

Mit der geplanten Zusammenlegung von Sozialversicherungsträgern besteht die Gefahr, dass diese künftig weiter von den Bedürfnissen der Versicherten entfernt sind. Zentral ist aber auch die Frage:



Wer bestimmt über unser Geld? In den meisten Sozialversicherungen sind es auch VertreterInnen von uns arbeitenden Menschen, die über den Einsatz der Mittel und die Leistungen entscheiden (Selbstverwaltung).

Wird das auch in Zukunft so sein oder bestimmen dann Regierung und Bosse auch noch über unsere Sozialversicherungsbeiträge und darüber, was mit diesen passiert, wofür diese überhaupt eingesetzt werden?

Widerstand

Als Interessengemeinschaft Social werden wir nicht nur alle Maßnahmen, die unser Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtern, kritisieren. Wir werden auch aktiv im Widerstand gegen deren Durch- und Umsetzung dabei sein.

Und wir werden trotz alledem für all die mehr als dringend erforderlichen Verbesserungen kämpfen. Wir sehen uns im Widerstand!

Ökonomisierung im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich

In Anbetracht der Entwicklungen der letzten Jahre zweifeln wir daran, ob wir auch in Zukunft noch im sogenannten Non-Profit-Bereich arbeiten werden. Beispiele für das Gegenteil gibt es heute schon genug!

Die ORS zum Beispiel, die für die Betreuung im Flüchtlingslager Traiskirchen zuständig ist, verlaubbart jedes Jahr Rekordgewinne. Gleichzeitig ist bekannt, dass die Lebensbedingungen der dort untergebrachten Flüchtlinge alles andere als gut sind.

Auch der größte Betreiber von Flüchtlingsunterkünften in Niederösterreich ist mittlerweile profitorientiert. Vor eini-

gen Jahren noch haben die EigentümerInnen ihr Geld mit Wohnungen verdient. Doch Flüchtlinge sind scheinbar profitabler!

Auch in anderen Bereichen können wir ähnliche Entwicklungen feststellen. Der größte Betreiber von Pflegeeinrichtungen in Europa ist mittlerweile auch in Österreich auf dem Vormarsch. Die Senecura, die über 50.000 Pflegebetten ihr Eigentum nennt, schaut sicher mehr auf jährliche Steigerungen des Profits als auf die Arbeitsbedingungen unserer KollegInnen.

Die Privatisierung des der größten Suchtklinik Europas, des Anton Proksch-Instituts hat zum

Wechsel in einen schlechteren Kollektivvertrag geführt. Der neue Besitzer heißt VAMED. Hinter dieser steht wiederum der deutsche Fresenius-Konzern, der mit Dialyse Milliarden verdient.

Wir werden uns daher in 4 Veranstaltungen mit dem Thema auseinandersetzen:

- ★ Wie ist die derzeitige Situation und was kommt auf uns zu?
- ★ Beispiele aus dem Gesundheits- & Sozialbereich
- ★ Beispiele aus dem Bildungsbereich
- ★ Wie kann erfolgreich gegen die Unterwerfung des Sozialbereiches unter die Kriterien der Betriebswirtschaft gekämpft werden?

Veranstaltung: Wie weit ist die Ökonomisierung im Sozial- und Gesundheitsbereich schon fortgeschritten? Was kommt noch auf uns zu?

Auch in unserem Arbeitsbereich werden immer mehr und mehr Betriebe privatisiert. Wie lange wird der sog. Non-Profit-Bereich tatsächlich noch nicht dem Profitkriterium unterworfen sein? Zählen Menschen wirklich noch mehr als der Gewinn?

Im Lichte der aktuellen politischen Entwicklungen wollen wir die Perspektiven ausloten. Die neue Regierung hat sich schon bei ihrer ersten Auflage beim Privatisieren besonders hervorgetan. Wir diskutieren die damit zusammenhängenden Fragen

am **26.02.2018, ab 18 Uhr 30**

in der **Fachbuchhandlung des ÖGB**
Rathausstraße 21, Eingang Universitätsstrasse
1010 Wien (Nähe U2 Schottentor)

mit

Christoph Stoik vom FH Campus Wien, wo er sich unter anderem mit Theorien der sozialen Arbeit beschäftigt, und
Anna Leder, Physiotherapeutin im St. Anna-Kinderspital